

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Feiertage und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Zensurpreis bei Selbstabnahme von der Expedition wöchentlich 20 Pf., monatlich 70 Pf., vierteljährlich 2.40 M.; nach unsere Ausdrager monatlich 90 Pf., vierteljährlich 2.40 M.; bei den deutschen Postanstalten vierteljährlich 2.40 M., ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten sowie unsere Ausdrager und Geschäftsleute nehmen überall Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Ereignisse der Besetzung der Zeitungen, der Zeitungen oder der Verlegeremissionen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Indemnität des Druckpreises. Ferner hat der Abonnent in den vorgenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung vermisst, in bestimmten Umständen oder nicht erscheint. / Einzelverkaufspreis der Nummer 10 Pf. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verleger, die Expedition oder die Geschäftsstelle. / Annahme-Zustellungen bleiben unberücksichtigt. / Drucker-Verwaltung: Berlin G.M. 46.

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



für die Königliche Amtshauptmannschaft Weissen, für das
ferner für das Königliche

Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff
Forstrentamt zu Tharandt.

Zensurpreis: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Postfach-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Nr. 237.

Donnerstag den 10. Oktober 1918.

77. Jahrg.

Der amtliche Teil befindet sich auf der 4. Seite.

Die Gegner über den Friedensruf.

Ob uns der Endkrieg bleibt, das hängt allein ab von unserem Willen. An unserem Können besteht kein Zweifel; die Erfolge von Heer und Heimat bieten die Gewähr für ein gutes Ende. Aber wir dürfen nicht wankend werden in wackelnder Kraft. Nur die Ungebeugtheit des Willens

verschafft uns den Erfolg. Dieser Gedanke muß uns führen auch bei der Kriegsanleihe.

Hoffnungen — Befürchtungen.

Die erste Aufregung über den Friedensschritt unserer neuen Regierung hat sich rasch wieder gelegt in deutschen Landen. Man hat keine nüchterne Beurteilung der Weltlage zurückgelassen und wartet mit der Geduld des guten Gewissens auf die Dinge, die da kommen sollen. Ist jetzt bei uns noch den Wünschen der neuen Männer nicht nur bei der Bildung der neuen Regierung, beim Abbau der alten Verfassungszustände in Deutschland, sondern auch gleich bei dem ersten Schritt ins Leben, den der Nachfolger des Grafen Hertling unternahm, verfahren worden, so wird kein Sterblicher mehr behaupten können, daß in Berlin auch nur ein Schritt noch unternommen worden sei, der uns den Frieden hätte sichern können. Genau so ist von deutscher Seite in den schicksalsschweren Julitagen des Jahres 1914 bis zum äußersten gekämpft worden, um den Ausbruch des Weltkrieges hinauszuhalten — es hat alles nichts genutzt, und das Verhängnis nahm seinen Lauf. Wenn jetzt dem Friedensgedanken des Prinzen Max von Baden kein besseres Los beschieden sein sollte, so würden sich daraus für unser weiteres Verhalten die Folgerungen von selbst ergeben. Das deutsche Volk ist entschlossen, lieber unterzugehen als sich von übermächtigen Feinden demütigen und knechten zu lassen. Das hat die neue Regierung mit der gleichen Bestimmtheit zum Ausdruck gebracht wie es von Seiten der Vorgänger des jetzigen Reichskanzlers geschahen ist.

Einstweilen ist noch nicht zu erkennen, was Herr Wilson zu tun gedenkt. Es ist möglich, daß er die deutsche Friedensnote ebenso rasch und entschieden zurückweist, wie er es dem Grafen Hertling gegenüber beliebt hat: es kann aber auch sein, daß er diesmal ein bedächtigeres Verfahren vorzieht, weil, was ihm durch den prinzipialen Reichskanzler nahegelegt wird, ungleich fester fundiert ist als der noch ziemlich allgemein und unverbindlich gehaltene Wiener Vorschlag. Es braucht nur daran erinnert zu werden, daß damals ausdrücklich der ungeschwächte Fortgang der militärischen Operationen aufgegeben wurde, während diesmal auch von einem Geisich um Waffenstillstand die Rede ist. Und heißt es auch nur, daß die Friedensbedingungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten als Grundlage für die angestrebte Verständigung angenommen würden, ist wird doch Gewicht darauf gelegt, daß kein Programm in diesem Sinne ohne Ausnahme und Einschränkung angenommen wird, also einschließlich derjenigen Punkte, die selbst nach sozialdemokratischer Auffassung den dauernden Frieden nicht verbürgen, sondern gefährden würden. Man vertraut eben darauf, daß, wo der christliche Wille zur Verständigung des Völkermordens vorhanden ist, auch ein Weg zu diesem Ziele gefunden werden wird, und nur darum kann es sich in Wirklichkeit handeln, ob man auf der Gegenseite ein Verständnis oder mit dem deutschen Volke in Zukunft nach dem von Herrn Wilson selbst aufgestellten Grundsatze in Eintracht zusammenleben will. Die Wahl ist inhaltlich schwer, aber einfach. Wir können jetzt nicht mehr tun, als die Entscheidung von jenseits des Meeres in Ruhe abwarten.

Reuter, Davos und wie die Kanäle sonst noch benannt sein mögen, durch welche die öffentliche Meinung der Welt unablässig gegen uns gesperrt wird, tun inzwischen ihr Bestes, um auch diese Aktion der Mittelmächte zum Scheitern zu bringen. In Paris namentlich hat man sich niemals seinem Ziele näher gefühlt als jetzt, und schon glaubt man von der praktischen Ausführung: „nous les aurons, wir werden sie schon kriegen“, zu dem Jubelruf übergehen zu können: „nous les avons, wir haben sie!“ Also läßt Clemenceau die französische Presse auf den Ton abstimmen: der Krieg wird fortgesetzt, und schon sind seine Trabanten mit dem Urteil fertig, daß man sich bei dieser

bedeutungslosen Episode des deutschen Friedensschrittes kein Augenblick aufzuhalten brauche. In London hält man diesmal, wie es scheint, etwas mehr zurück mit seiner Meinung. Man mischt die guten und die schlechten Sentenzen über unsere neue Regierung und ihre erste Amtshandlung etwas funterbunt durcheinander, eine einheitliche Parole ist also noch nicht ausgegeben worden. Oder man hält es für klüger, der Willensäußerung des Präsidenten Wilson nicht vorzugreifen, vielleicht weil man mit Voreiligkeit dieser Art schon bisweilen üble Erfahrungen gemacht hat. Auch aus den Vereinigten Staaten gewinnt man den Eindruck, daß die hemmungs- und besinnungslose Hetzpresse diesmal etwas früher gehalten wird als sonst. Die ungeheure Verantwortung für die Entscheidungen, die jetzt in Washington gefaßt werden sollen, scheint auch in der Neuen Welt in ihrer ganzen Bucht deutlich genug empfunden zu werden. Läßt man Verstand und ehrlichen Friedenswillen wanken und hält alle jene traurigen Wesen, denen die Kriegsbegehrte Selbstzweck ist, von den Überlegungen der maßgebenden Männer fern, so sollte eigentlich die Antwort auf die deutsche Note von selbst gegeben sein. Aber wir werden gut daran tun, auf dieser schwachen Grundlage keinerlei Hoffnungen aufzubauen, zumal im bisherigen Verlauf des Krieges auch weitgehende Befürchtungen schließlich immer noch übertroffen worden sind. Seien wir bereit, alles, was kommen mag, starken Verzeihen entgegenzunehmen. Alles andere steht in Gottes Hand.

Die Gegner über den Friedensruf.

Frankzösische, englische, italienische Stimmen.

Ein freundliches Echo ist es nicht, das aus den freisprechenden Blättern der Entente — und das ist die Mehrzahl — auf die Friedensnote der Mittelmächte an Wilson antwortet. In Frankreich mühte sogar die Havasagentur eine Fanfare blasen, um der Presse das Signal zum Ablehnungsdiskurs zu geben. Sie besetzt dem auch diesen Schritt bis auf die bisher schon andere Wege gebenen Organe. Vorsichtiger, zurückhaltender verhalten sich die Korretter der öffentlichen Meinung in England. Das offizielle Reuterbureau mandatiert mit ziemlich unentschiedenen Redensarten, nämlich, um der Regierung Zeit zur Überlegung oder zum Warten auf die Weisungen aus Washington zu lassen. Einige Schlagproben mögen den Eindruck in der feindlichen Auslandspresse veranschaulichen:

Frankreich.

„Matin“: Wer könnte von den Verbündeten Frankreichs noch vier Jahren solchen Aushaltens verlangen, mit seinen Gefenken die Abrechnung für beglichen zu halten, ohne daß man von ihnen die Sanktionen erlangt hat, die das Recht erfordert, und die die unerlässliche Wiederherstellung für die Zukunft Frankreichs sind? „Revue Parisienne“: Mit welchem Deutschland und mit welchem Österreich kann man verhandeln? Welche Garantien geben ihre staatlichen Einrichtungen? Welches Vertrauen verdienen ihre Regierungen? „Journal“: Den Deutschen, den Österreichern und den Türken werden wir antworten, was wir den Bulgaren geantwortet haben. Keine Waffenruhe vor der einmütigen Kapitulation und einer Kapitulation ohne jede Diskussion der Bedingungen, die klar und unabänderlich sind, und volle Zerstörung und Bestrafung des deutschen Militarismus, und völlige Wiederherstellung und Bestrafung der Schuldigen. „L'Homme Libre“, das Organ Clemenceaus: Wir werden uns nicht abhalten lassen. Der Krieg wird fortgesetzt. „Temps“: Die deutsche Regierung beruht sich nur auf die Grundzüge Wilsons, um den Alliierten die Waffen aus den Händen zu nehmen. Wenn die deutschen Truppen wieder ihrem geschöpft hätten und die kaiserliche Regierung populär und stark sei, würden die deutschen Bevollmächtigten die angebotene Basis der Unterhandlungen wieder umwerfen.

„Victoire“ (Verses Blatt): Nachdem die Zentralmächte die Friedensbedingungen angenommen haben, kann man anfangen zu reden. „Deure“: Wenn wir auch unseren Gefühlen Gewalt antun müssen, so müssen wir doch begreifen, daß, wenn die Stunde der Abrechnung gekommen ist, nicht mehr der Hoch, sondern die Gerechtigkeit unser Ratgeber sein muß. Der beste Sieg wird nicht die Rache sein. „Populaire“: Angehts des Vorschlages der Zentralmächte, auf so vernünftigen Grundlagen in Verhandlungen einzutreten, wie man jetzt die Extremitäten beulen, damit der Krieg, sollte es was es wolle, fortgesetzt werde. Sie sollten aber noch die zu bringenden Opfer in Betracht ziehen und nicht den Feind, der noch über neun bis elf Millionen Soldaten verfügt, für vernichtet erklären. Die „Action française“: Mit dem Prinzen Max von Baden ist Deutschland wieder in die Lage verwickelt, in der es war, als Bethmann Hollweg an seiner Spitze stand. Wie im Dezember 1916 geht auch heute von Deutschland das Angebot von Friedensvorschlägen aus. Sie wurden damals abgelehnt und heute dürften sie zurückgewiesen werden, und zwar aus noch viel gewichtigeren Gründen.

England.

„Daily News“: Lange deutsche Erfahrungen haben uns gelehrt, den deutschen politischen Reichthum zu misstrauen. Wer in diesem Schritt ist ein neuer Ton von Niederlage und

Interaktion... Pf. für ein... (Small text in the top right corner, partially illegible due to image quality).

Anerkennung der Tatsachen zu hören. Ist diese große Umkehr wirklich gekommen, so ist der Friede, für den die Alliierten gekämpft haben, in Sicht. Gibt die Rede des Reichskanzlers den Geist Deutschlands wieder, so bedeutete sie, daß das Ziel erreicht und der preussische Militarismus gebrochen ist. „Daily Chronicle“: Das deutsche Friedensangebot ist das wichtigste, das bisher erfolgte. Und es ist selbstredend, daß die Verbündeten dem Angebot die größte Anbacht widmen werden. Entschuldigungen, Wiederherstellung und Garantien müssen wir haben. Sie, die den Krieg verursacht haben, müssen für immer geschlagen sein, daß auch nicht der leiseste Zweifel herrscht, wer den Krieg gewonnen hat. „Evening Telegram“: Ehe es zu einer Friedenskonferenz kommt, muß derjenige, der im Namen Deutschlands spricht, ob es nun Kaiser, Prinz oder Reichstagspräsident oder irgendein anderer sei, das feierliche Versprechen abgeben, Deutschlands Verbrechen zu sühnen und einzugehen, daß Verbrechen begangen wurden.

Italien.

„Corriere della Sera“: Der jüngste Schritt der Mittelmächte bedeutet den letzten Versuch, das allgemeine Friedensbedürfnis auszunutzen, damit die logischen und notwendigen Folgen der Niederlage von Deutschland abgewendet werden. Deutschland spekuliert auf die Empfindsamkeit der zivilisierten Welt. Die Antwort der Entente aber wird den Feind nötigen, offen Farbe zu bekennen. „Secolo“: Gerade weil die Entente ihres militärischen Erfolges sicher ist, wird sie den Erfolg nicht durch die Annahme des deutschen Waffenstillstandsantrages schädigen. Besonders muß Italien auf der Entscheidung durch die Waffen stehen, da sein Schicksal das Ende Österreich-Ungarns ist. „Epoca“: Deutschland muß sich bedingungslos ergeben. Mit Österreich-Ungarn kann die Entente überhaupt nicht verhandeln, sondern nur mit den einzelnen Völkern der Monarchie, welche einen eigenen Staat zu bilden im Begriffe sind.

Vereinigte Staaten von Amerika.

Der Washingtoner Korrespondent der „Associated Press“ meldet, es sei wenig Aussicht vorhanden, daß die deutschen Vorschläge in ernsthafte Erwägung gezogen würden, solange Deutschland noch Teile Frankreichs und Belgiens besetzt halte. Der Washingtoner Korrespondent des „New York World“ sagt: Rahgebende Regierungskreise äußern sich noch nicht. Man betont aber, daß Deutschland und Österreich tatsächlich bedingungslos kapitulieren müßten, wenn sie wollen, daß der Krieg ein Ende nimmt, bevor die Alliierten in Deutschland einbrechen und es zerdrücken. Der Washingtoner Korrespondent der „New York Times“ meldet: In Washington herrscht keine erhebliche Begeisterung über die Form der neuen deutschen und österreichischen Note. Man steht den Berliner Vorschlägen kühl gegenüber. Im allgemeinen kommt die Aufnahme von Wilsons Bedingungen einer bedingungslosen Übergabe seitens Deutschlands, Österreichs und der Türkei gleich. Starke Kräfte in Washington und in den Hauptstädten der Alliierten seien überhaupt dagegen, die Feindeligkeiten einzustellen.

Frankzösische Sozialisten für Verhandlungen.

Eine Botschaft an Wilson.

Einstimmig beschloß der Nationalrat der französischen Sozialistenpartei, an den Präsidenten Wilson eine Botschaft zu richten, in der über den Friedensvorschlag der Mittelmächte gesagt wird, dieser Schritt sei der Beweis eines vollständigen Meinungsumschwungs, der die Nationen zur Freiheit und zum Frieden zurückführe. Die sozialistische Partei erkläre deshalb, daß die Alliierten, unter der Bedingung unentbehrlicher diplomatischer und militärischer Garantien, den Vorschlag nicht ablehnen dürften. Das Manifest konstatiert, der Kanzler habe seine neue Regierung als Volksvertretung hingestellt und damit anerkannt, daß für die Herstellung eines dauerhaften Friedens die Nationen sich gegenseitig Garantien geben müßten. Die Partei erblicke darin eine erste Anstrengung zu einer demokratischen Lösung und verlange eine energische Aktion in dieser Richtung.

Die neue Regierung.

Abgeordneter Trimbom Staatssekretär des Innern, Berlin, 8. Oktober.

Wie bereits angekündigt, wird als Vertreter der National Liberalen der Vizepräsident des preussischen Staatsministeriums, Dr. Friedberg, in den engeren, dem Kanzler beigegebenen Kabinettsrat treten. Dieser neu-geschaffene Kabinettsrat setzt sich demnach aus den Staatssekretären v. Kaper, Groeber, Erbberger, Scheidemann und Dr. Friedberg zusammen. Dr. Friedberg hat bereits an einer Sitzung des Kabinettsrats teilgenommen. Zum Nachfolger des scheidenden Staatssekretärs des Innern, Dr. Wallraf, ist der Zentrumsabgeordnete Trimbom anberufen. Der neue Staatssekretär des Innern Karl Trimbom lebt im 64. Lebensjahre. Er ist Rechtsanwalt in Köln und gehört zu den älteren Zentrumsvorstreitern im Reichstag, in den er zuerst 1896 als Vertreter von Köln gewählt wurde. Diesen Wahlkreis hatte er bis 1912 inne, dann unterließ er seinem sozialdemokratischen Gegner, doch

Großes Hauptquartier, 9. Oktober. (Wit. Antik.) Eingegangen nachmittags 1/4 6 Uhr.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Zwischen Cambrai und St. Quentin ist die Schlacht von neuem entbrannt. Unter Einwirkung gewaltiger Artilleriemassen und unter Zusammenfassung von Panzern und Fliegergeschwadern griff der Engländer im Verein mit Franzosen und Amerikanern unsere Front von Cambrai bis St. Quentin an. Auf dem nördlichen Angriffslügel war der Ansturm des Feindes nach hartem Kampfe gegen Mittag westlich der von Cambrai nach Bohain führenden Straße gebrochen. In den Abendstunden sind hier erneute Angriffe des Feindes gescheitert. Zu beiden Seiten der in Richtung Le Château führenden Römerstraße gelang dem Gegner ein tieferer Einbruch in unsere Linien. Der feindliche Stoß in der Linie Valenciennes-Gleincourt und westlich von Bohain auf. Auf dem Südflügel des Angriffes konnte der Gegner nur wenig Gelände gewinnen. Die südlich von Montebellain kämpfenden Truppen schlugen alle Angriffe des Feindes in ihrer vorderen Infanterie-Stellung ab. Durch den Einbruch in der Mitte der Schlachtfront in ihrer Flanke bedroht, mußten sie am Abend ihren Flügel an den Westrand von Fresnois le Grand zurücknehmen.

In der Champagne nahmen Franzosen und Amerikaner zwischen der Suippes und westlich der Aisne unter großer Kraftentfaltung ihre Angriffe wieder auf. Auch sie erstrebten nach aufgefundenen Defekten erneut den Durchbruch unserer Front. Nur beiderseits von St. Etienne brach der Feind in unsere Linien ein. In den Nachmittagsstunden angelegter Gegenangriff warf den Gegner hier wieder zurück. In der übrigen Front sind die Angriffe des Feindes völlig gescheitert. Vertikale Einbruchsstellen wurden im Gegenstoß wieder gesäubert. Zellangriffe an der Aisne und sehr heftige Angriffe der Amerikaner am Ostrand des Argonnerwaldes und im Aire-Tal wurden abgewiesen.

Auf dem Ostrand der Maas griff der Feind zwischen Trabant und Ornes nach starker Artilleriewirkung an. Der in den Wald von Concoyze einrückende Gegner wurde dort zum Stehen gebracht. In der übrigen Front schlugen wir ihn vor unseren Kampflinien ab.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Berlin, 9. Oktober. (tu.) Nach einer Meldung aus Washington hat der Staatssekretär Lansing gestern dem Schweizerischen Geschäftsträger die Antwort auf die deutsche Note übergeben. Der Präsident hält, ehe er weiter auf das Ansuchen der deutschen Regierung antwortet, es für notwendig, sich des genauen Sinnes der Note des Reichskanzlers zu versichern und er fragt, ob die deutsche Regierung die Bedingungen annimmt, die vom Präsidenten in seinen Vorschlägen niedergelegt worden sind, oder ob der Zweck beim Eintritt in die Diskussionen nur der sein würde, sich über die praktischen Einzelheiten ihrer Anwendung zu verständigen. Der Präsident könne den verbündeten Regierungen keinen Waffenstillstand vorschlagen, solange die Heere der Mittelmächte auf ihrem Boden stehen. Der gute Glaube bei jeder Diskussion würde offensichtlich von der Zustimmung der Mittelmächte abhängen, sofort die Truppen überall aus dem besetzten Gebiete zurückzuführen. Der Präsident fragt schließlich, ob der Kanzler nur für diejenigen Gewalttaten des Reiches spreche, die bisher den Krieg geführt haben und hält die Antwort auf diese Frage für außerordentlich wichtig.

Von offizieller deutscher Seite wird erklärt, daß die Antwort Wilsons noch nicht vorliegt. Immerhin ergebe sich aus dem Text, daß weitere Erklärungen von Seiten der deutschen Regierung notwendig sein werden. Auf die Schlüsselfrage des Präsidenten sei zu erwidern, daß nach der Rede des Reichstagspräsidenten vom 6. ds. Mts. der Krieg das Friedensangebot billige und sich zu eigen mache.

Berlin, 9. Oktober. (tu.) Wie verlautet, ist der Kriegsminister General der Artillerie von Stein auf seinen Wunsch von seinem Amte als Staats- und Kriegsminister entbunden worden. Zu seinem Nachfolger ist der Chef des Kriegsamtes, Generalmajor Scheuch unter Beförderung zum Generalleutnant bestimmt.

Dur schnelles
Raffenskraut
Haft auf den Reibeband
Dreim Aufsteifung
Reibeband.

1 Uhr einberufen. Auf der Tagesordnung steht: Entgegennahme von Mitteilungen des Herrn Reichskanzlers.

Verneinende Haltung der englischen Blätter.

Amsterdam, 9. Oktober. (tu.) Wenn es nach den Stimmen der englischen Morgenblätter geht, dann ist die Antwort der Verbändmächte auf den deutschen Friedensvorschlag als eine verneinende zu betrachten. „Daily Telegraph“ sagt, Wilson wird sicherlich eine wohl begründete Antwort auf die Friedensnote geben. Da aber die ganze amerikanische Presse allgemein gegen den Antrag ist, tritt deutlich zutage, welche Richtung Washington einschlagen wird.

Foch wird antworten.

Zürich, 9. Oktober. (tu.) Wie Schweizer Blätter melden, wird für die Beantwortung des Waffenstillstandsangebots die Meinung maßgebend sein, die Foch nach erfolgter Fühlungnahme mit den übrigen Heerführern abgeben wird.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

* Nach einer Verordnung des Bundesrates sind die Kreisverbände verpflichtet, aus ihren Mitteln eine Erhöhung der bis zum 1. Oktober 1918 gewährten Familienunterstützungen eintreten zu lassen, die ab dem 1. November 1918 ab zu gewähren und deren Betrag je nach den örtlichen Verhältnissen zu bemessen ist. Bis zum Betrage von 5 Mark für jeden Unterstützten werden die seit dem 1. November 1918 gewährten Erhöhungen der Unterstützungen vom Reiche erstattet, und zwar zur Hälfte allmonatlich, zur Hälfte zusammen mit der Erstattung der gesetzlichen Mindestbeträge. Geringe Verbesserungen der Verhältnisse der Unterstützten wie auch erhebliche Verbesserungen ganz vorübergehender Art sollen regelmäßig nicht zur Herabsetzung oder Einstellung der Familienunterstützung führen.

* Die Geldabfindung zur Selbstbefähigung für einzelne Mannschaften wird in Abänderung des Erlasses vom 28. Januar 1917 mit Wirkung vom 1. Oktober 1918 auf 2,70 Mark für die volle Tageslohn einschließlich Brot festgesetzt. Bei teilweiser Abfindung in Geld sind zu gewähren: für die Mittagslohn 1,35 Mark, für die Abendlohn 90 Pfennig, für die Morgenlohn 45 Pfennig; Kost ohne Brot 5 Pfennig weniger. Diese Festsetzungen gelten auch für Offiziere und Beamte, die Anspruch auf die Geldlohn oder die Geldabfindung zur Selbstbefähigung haben. Eine etwaige Erhöhung der Vergütungssätze für Naturalverpflegung wird besonders bekanntgegeben werden.

Finnland.

* Die Lösung der Königsfrage wird in der laufenden Landtagsung kaum zustande kommen. Der Landtag hat in zweiter Lesung den neuen Verfassungsentwurf mit 66 gegen 34 Stimmen angenommen. Der große Ausschuss hatte vorher noch weitere Änderungen vorgenommen, indem er das Einspruchsrecht der Krone in Fragen der Landesverteidigung beseitigte. Die Abstimmung zeigt, daß trotz dieses weitgehenden Gegenkommens die für die Durchbringung der Vorlage in der gegenwärtigen Form erforderliche Zwei-Drittelmehrheit nicht zu erlangen ist.

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen für diese Rubrik nehmen wir jederzeit dankbar entgegen.

Wilsdruff, am 9. Oktober.

Merkblatt für den 10. Oktober.

Sonnenaufgang 6¹⁶ | Mondaufgang 11³⁵ P.
Sonnenuntergang 6¹⁷ | Monduntergang 7⁴¹ P.

— Es scheint noch nicht hinreichend bekannt zu sein, daß sämtlicher Flachs, sowie alle Bestände an Hanf, auch die noch vorhandenen alten Bestände beschlag-

nahmt sind und restlos abgeliefert werden müssen. Zum Aufkauf von Flachs aller Arten usw. ist für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Meißen von der Reichsflachsbau-Gesellschaft in Berlin in Meißen wohnhafte Kaufmann Oswin Schneider der in Firma Sakaw Starke bestellt worden. Die Flachsbanauer sind verpflichtet, diesem Aufkäufer schriftlich anzuzeigen, wieviel und welche Art Flachs sie abzuliefern haben sowie zu welchem Zeitpunkt der Flachs abgenommen werden kann. Auf besonderen Antrag, der ebenfalls bei diesem Aufkäufer einzureichen ist, erhalten Flachsbanauer nach Ablieferung ihres Flaches Flachs-, Web- oder Seilerwaren zurückgeliefert.

— Es wird erneut darauf hingewiesen, daß die Verfütterung von Serradellafamen nach wie vor verboten ist. Landwirtschaftliche Sämereien dürfen Samen, insbesondere auch Samen von Serradella zu anderen als zu Saatweizen nur mit Genehmigung der Reichsfuttermittelstelle absetzen und verwenden. Zuwiderhandlungen sind mit Strafe bedroht.

— Wegen der Ablieferung der messingenen Türklinen und Fenstergriffe und des Einbaues von Eisankern und Griffen steht der Abschluß eines Vertrages zwischen dem Deutschen Reich und dem Wirtschaftsbunde des deutschen Haus- und Grundbesitzes, A. G. Berlin, bevor. Nach diesem Vertrage sollen dem Wirtschaftsbunde alle Rechte hinsichtlich der Durchführung des Ausbaues der metallenen Hauseinrichtungsgegenstände, und zwar für das ganze Deutsche Reich, übertragen werden. Die Einzelheiten werden von den Hausbesitzerorganisationen rechtzeitig bekanntgegeben werden.

— Schweine für das Heer. Die Heeresverwaltung bedarf schon in den nächsten Wochen dringend einer größeren Zahl von gemästeten Schweinen. Um für schnellere Ablieferung einen besonderen Anreiz zu geben, soll für alle Tiere, die 180 Pfund Leinwandgewicht haben und die in den nächsten Wochen — bis zunächst Ende Oktober — abgeliefert werden, Futter geliefert werden. Für die Tiere wird der Vertragspreis von 130 Mark für den Zentner und 35 Mark Stückzuschlag gezahlt, auch wenn ein Maßvertrag nicht abgeschlossen wurde.

— Der Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei Sachsens hat in Gemeinschaft mit den Bezirksvorständen, dem Vorstände der sozialdemokratischen Landtagsfraktion und Vertretern des Gewerkschaftsausschusses eine Landesversammlung abgehalten, in der folgender Beschluß gefaßt wurde: Die sozialdemokratische Partei Sachsens hat die Pflicht, ihr mögliches zu tun, um den Programmpunkt der neuen Reichsregierung, wonach auch für die Landtage der Bundesstaaten das allgemeine, gleiche Wahlrecht eingeführt werden soll, zu verwirklichen. Die Landesversammlung ist ferner der Überzeugung, daß für Sachsen eine neue Regierung herbeigeführt werden muß, die das Vertrauen des sächsischen Volkes besitzt. Der Landesvorstand wird beauftragt, alle notwendigen Schritte im Verein mit dem Vorstand der Landtagsfraktion unverzüglich zu tun. Die Regierung ist zu veranlassen, den Landtag sofort einzuberufen, sowohl um die Wahlrechtsfrage zur schleunigen Erledigung zu bringen, als auch, um die Maßnahmen, die der bald erwartende Übergang zu den Friedensverhältnissen erfordert, zu beschließen.

o Wohnungsnot in Sachsen. In Großenhain, das 13 000 Einwohner und keine ausgeprägte industrielle Entwicklung hat, ist die Wohnungsnot so groß geworden, daß die städtische Turnhalle durch Bretterverläge in kleinere Abteilungen zerlegt werden mußte, die von obdachlosen Familien am 1. Oktober bezogen wurden. In den durch Bretterverläge hergestellten Gelassen sind Kochherde aufgestellt worden, während die Zentralheizung der Halle für die Räume benutzt wird.

Der dreifache Schleifhändler. Den Stofelpunkt des Ungemertheit hat wohl ein Zigarrenhändler in Benig erkommen. Ihm wurden von der Post 135 Pfund Auslandseife weggenommen. Der Mann besitzt die Dreifachseife, sich in einer Zeitungsanzeige nicht nur über die Seifengabe lustig zu machen, sondern auch öffentlich eine Fortsetzung des Schleifhändels anzukündigen. Er läßt in „Beniger Amtsblatt“ folgendes Inserat los: „Sur allgemeinen Kenntnis! 135 Pfund Seife sind mir weggenommen worden und zwei Zentner laufe ich mir wieder!“

Stärke aus Kasanien. Angesichts der großen Knappheit und der maßlosen Teuerung der Stärke wird das folgende Rezept von Interesse sein: Ein Zentner wilde Kasanien ergibt fünf Pfund Stärke. Die Kasanien werden doppelt geschält, äußere und innere Schale dann so fein gemahlen wie Mehl, am besten auf einer Knochenmühle. Die ganze Masse rührt man mit kaltem Wasser an, gießt, sobald sich die Stärke gelöst hat, ab, und erneuert das Wasser so oft, bis es ganz klar ist. Dann wird das abgeseihtete und das zurückgebliebene Stärkemehl getrocknet.

Dresden. Am Dienstag vormittag gegen 10 Uhr wurden die Anwohner des Neustädter Marktes durch einen heftigen Knall erschreckt. Es stand sogleich ein Kostenträger der Firma Eßlein & Söhne hier, der mit Zigaretten beladen war, in flammenden. Wie sich ergab, war zufolge Unachtsamkeit der Benzinbehälter geplatzt und dadurch eine Explosion herbeigeführt worden. Die gerufene Feuerwehr löschte mit einer Leitung den Brand. Ein Teil der Zigaretten wurde durch das Wasser vernichtet, ein großer Teil bedeckte das Pflaster. Viele der Zigaretten wurden von Vorübergehenden aufgehoben, insbesondere taten sich hierin Soldaten ein „Güthen“. Der bei der Explosion angerichtete Schaden wird auf 40000 Mark geschätzt.

Dresden. Zu dem bereits gemeldeten Einbruch in ein Gardinen- und Seidenhaus der Markstraße, bei dem den Dieben für 20000 Mark Seiden- und Wollstoffe in die Hände fielen, will die in Mitteleidenschaft gezogene München-Bayerische-Versicherung 10 Prozent Belohnung für Wiederherbeischaffung der gestohlenen Waren zahlen.

Dresden. In der Feuerbestattungsanstalt der Stadt sind im Monat September d. Js. 76 Einäscherungen erfolgt und zwar 44 männlichen und 32 weiblichen Geschlechts. Von den Verstorbenen waren 72 evangelisch, 2 mosaisch, 1 ohne Religion, 1 Dissident. In 76 Fällen fand religiöse Feier statt. Vom Tage der Inbetriebnahme (22. Mai 1911) sind dies 5175 Einäscherungen.

Röglitzbroda. In der Villa an der Alleestraße, deren Bewohner abwesend waren, wurde ein Schaden von 40000 Mark angerichtet. Neben Wäsche, Gardinen, Silberzeug wurden 3—4 Büchsen Delfarbinen, etwa 2 Pfund gebrannte Kaffeebohnen, etwa 3 Pfund Mehl, etwa 3—4 Pfund Kakao, 1 Flasche Himbeersaft, 6 Pakete Streichhölzer, etwa 600 Stück Zigaretten, etwa 400 Stück Zigarren, 6 silberne Vorkörbchen, gez. „R. S.“, 1 silberner Bleistift, eine Anzahl Schlüssel und mehrere Stückchen Seife gestohlen. Im Kellerraum sind zwei Renschenlothesen und daneben die Zeitung „Vorwärts“, Berliner Volksblatt vom 4. 10. 1918, sowie eine Flaschenopphülle aus weißem Staniol mit der Aufschrift „Josef Gausch, München“ und in einem Bohnraum ein Schraubenzieher und eine neue große Beißzange vorgefunden worden. Außerdem sind fast alle Möbelgegenstände stark beschädigt worden. Die Volksterggegenstände sind mit einem scharfen Instrument vollständig zerschnitten worden, so daß die Korbhaare und die Schafwolle in den Zimmern umherliegt. Die Tischplatten und Schränke sind zertrümmert, die Fensterbänke sind zertrümmert, die Betten aufgeschliffen worden, so daß ein Schaden von etwa 25000 Mark entstanden ist. Im Keller sind mehrere Flaschen Wein, Cognac und Stonsdwerfer geöffnet und zum Teil geleert worden. Der Diensthund wurde zugezogen, trat aber nicht in Tätigkeit. Fingerabdrücke wurden gezeichnet. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es sich um einen Raubakt handelt.

Kadeberg. Ein Familiendrama hat sich im benachbarten Kadeberg ereignet. Der Schneider Hermann Weigig kam früh gegen 1/5 Uhr nach Hause und geriet mit seiner Frau in heftigen Wortwechsel. Hierbei wurde er handgreiflich und schleifte die Bedauernswerte an den Haaren nach der Küche, wo er sie am Halse würgte. Die Frau ergriff in der Notwehr das Küchenbeil und schlug auf den Mann ein, wobei sie ihm die Schädeldecke spaltete.

Dohna. Auf einer Wanderung nach Moritzburg nahm Herr Lehrer Kriedner bei einem Gländerspiel abends mitten im Walde hinter dem „Wilden Mann“ am Heller mit seinen Jungmannen zwei aus Königsbrück entwichene, gut verproviantierte Serben fest und lieferte sie an die Polizeiwache in Trautenberga ab.

Carlsfeld i. Erzg. Der erste Schnee ist Mittwoch im oberen Erzgebirge gefallen. Carlsfeld und andere hochgelegene Ortschaften zeigten am Freitag bereits ein winterliches Bild.

5. Klasse 173. Rgl. Säch. Landes-Lotterie.

6. Ziehungstag am 8. Oktober 1918.

Ohne Gewähr. — (Nachdruck verboten.)

Table with lottery numbers and amounts. Columns include prize amounts (e.g., 3000 Mark, 2000 Mark, 1000 Mark, 500 Mark) and corresponding winning numbers.

Die heutige Nummer umfasst 4 Seiten.

Herausgeber, Verleger und Drucker: Arthur Büchse in Wilsdruff. Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberlehrer: I. R. Gärner. Für den Inseratenteil: Arthur Büchse, beide in Wilsdruff.

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung, die Zuckerkarten der Reihe 10 betreffend.

Die Gültigkeit der Zuckerkarten für den laufenden Versorgungszeitraum (1. September — 31. Oktober 1918, Reihe 10) erlischt mit dem 15. Oktober 1918. Nach diesem Zeitpunkt darf auf Karten der Reihe 10, insbesondere auch auf den zur Deckung des Bedarfs vom 11.—31. Oktober 1918 bestimmten 8. Abschnitt, Zucker im Kleinverkauf nicht mehr abgegeben werden.

Um jedoch die Versorgung der nach dem 15. Oktober 1918 von außerfächlichen Orten Zugehenden, der Reisenden, die nach dem 15. Oktober 1918 Zuckerkartenausgaben zur Einlösung vorlegen,

der nach dem 15. Oktober 1918 entlassenen oder zur Arbeit beurlaubten Militärpersonen sowie der nach dem 15. Oktober 1918 Geborenen für die Zeit bis zum 31. Oktober sicherzustellen, wird die Belieferung der für diese Personengruppen nach dem 15. Oktober 1918 zur Ausgabe gelangten Zuckerkarten, die als solche durch **Ausdruck des Kommunalverkaufsstempels** sowohl auf dem Bezugsausweis, als auch auf dem Stammabschnitt — bei letzterem auf den Einzelabschnitt übergreifend — **kenntlich gemacht sind**, durch Kleinhändler auch in der Zeit vom 16.—31. Oktober 1918 nachgelassen.

Ebenso bleibt die Belieferung von Militäruelaufer- und Binnenschifferzuckerkarten durch Kleinhändler in der Zeit vom 16.—31. Oktober gestattet.

Dresden, am 4. Oktober 1918.

762 a V L A I c

Ministerium des Innern.

Bekanntmachung,

die Einlieferung von Zuckerkarten durch die Händler betreffend.

Die Einlieferung der vereinnahmten Bezugsausweise und Bezugskarten der Reihe 10 hat, soweit sie noch nicht erfolgt ist, nunmehr

seitens der Kleinhändler an die Zwischengroßhändler
unverzüglich,

seitens der Zwischengroßhändler an die der Zuckerwertungsstelle für das Königreich Sachsen angehörenden

Großhändler spätestens

bis zum 20. Oktober 1918,

seitens der Großhändler an die Zuckerwertungsstelle

bis zum 25. Oktober 1918,

zu erfolgen.

Die in der Zeit vom 16.—31. Oktober nach der Ministerialbekanntmachung vom 4. Oktober 1918, die Zuckerkarten der Reihe 10 betreffend, vereinnahmten Bezugsausweise und Bezugskarten sind

seitens der Kleinhändler an die Zwischengroßhändler spätestens

bis zum 2. November 1918,

seitens der Zwischengroßhändler an die der Zuckerwertungsstelle angehörenden Großhändler spätestens

bis zum 4. November 1918,

* seitens der Großhändler an die Zuckerwertungsstelle spätestens

bis zum 5. November 1918,

einzuliefern.

Die im vorstehenden bekanntgegebenen Einlieferungsfristen müssen, um die rechtzeitige Erledigung der anlässlich des Wirtschaftsjahrswechsels erforderlichen Abschlussarbeiten zu ermöglichen, **auf das Pünktlichste eingehalten** werden.

Die Einlieferung hat unter „Einschreiben“ oder mittels Wertpapiers zu erfolgen. Bei Nichtbeachtung dieser Bestimmung wird im Falle des Verlustes kein Ersatz geleistet.

Es wird darauf hingewiesen, dass die bei der Zuckerwertungsstelle eingegangenen Karten durch **Lochen** entwertet werden und dass durchlochte Karten demnach nicht mehr beliefert werden dürfen.

Dresden, am 4. Oktober 1918.

853 V L A I c

Ministerium des Innern.

Öffentliche Aufforderung

der

Gesellschaften zur Abgabe der Steuer-Erklärung für die Veranlagung zur außerordentlichen Kriegs-Abgabe für das Rechnungsjahr 1918.

Auf Grund des § 84 Abs. 2 des Gesetzes über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1918 vom 26. Juli 1918 (R. G. Bl. S. 964) werden die Vorstände, persönlich haftenden Gesellschafter, Repräsentanten, Geschäftsführer oder Liquidatoren

1. aller inländischen Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Bergwerksvereine und anderen Bergbau treibenden Vereinigungen, letzterer, sofern sie die Rechte juristischer Personen haben, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und eingetragenen Genossenschaften,
2. aller Gesellschaften der vorbezeichneten Art, die ihren Sitz im Auslande haben, aber im Inlande einen Geschäftsbetrieb unterhalten,

aufgefordert, nach dem vorgeschriebenen Vordruck eine unterschrieben und mit der Versicherung, dass die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht sind, versehenen **Steuererklärung**

spätestens bis zum 31. Oktober 1918

bei der unterzeichneten Bezirkssteuereinnahme einzureichen.

Für Gesellschaften, deren viertes Kriegsgeschäftsjahr erst nach dem 31. März 1918 geendet hat, erstreckt sich die Frist zur Einreichung der Steuererklärung auf sechs Monate nach Ablauf des vierten Kriegsgeschäftsjahrs.

Die oben bezeichneten Personen sind zur Abgabe der Steuererklärung auch dann verpflichtet, wenn ihnen eine besondere Aufforderung oder ein besonderer Vordruck hierzu nicht zugegangen ist. Auf Verlangen werden die vorgeschriebenen Vordrucke von heute ab von den Gemeindebehörden kostenlos verabfolgt.

Die Einreichung der Steuererklärung durch die Post geschieht auf Gefahr des Absenders und deshalb zweckmäßig mittels Einschreibebriefs.

Wer die Frist zur Abgabe der Steuererklärung verabsäumt, ist gemäß § 88 Abs. 2 des Gesetzes über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1918 in Verbindung mit § 84 des Besigsteuergesetzes vom 8. Juli 1918 mit **Geldstrafe bis zu 500 Mk. zur Abgabe der Steuererklärung anzuhalten. Auch kann der von ihm vertretenen Gesellschaft ein Zuschlag von 5% bis 10% der rechtskräftig festgestellten Kriegsabgabe auferlegt werden.**

Wichtiglich unrichtige und unvollständige Angaben in der Steuererklärung sind in § 85 des Gesetzes über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1918 in Verbindung mit §§ 83 bis 85 des Kriegssteuergesetzes vom 21. Juni 1916 und mit §§ 74 bis 83 des Besigsteuergesetzes mit Geldstrafen bedroht, neben denen auf Gefängnis bis zu einem Jahre sowie außerdem neben der Gefängnisstrafe auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden kann.

Meißen, am 8. Oktober 1918.

Königliche Bezirkssteuereinnahme
als Besigsteueramt.

Kunsthönig. Anmeldung am 10. Oktober, Warenbezugschein Nr. 4.

Wilsdruff, am 9. Oktober 1918.

Der Stadtrat — Kriegswirtschaftsabteilung.

Inseraten-Teil.



Wir haben viel verloren!

Ganz plötzlich wurde uns die tiefbetreffende Nachricht,
dass mein guter Mann, unser treuer Vater, der

Telegrafist

Richard Paul Wäzig

Gemeindediener von Kaufbach

nach einer schweren Verwundung, die er am Morgen des 18. Septbr. ds. Jrs. erhielt, noch am selben Tage nachmittags in einem Feldlazarett verstorben ist. Er wurde mit militärischen Ehren auf dem Feldfriedhofe in Longchamp an der Daise beerdigt. Sein Hauptmann stellt ihm in einem langen Schreiben an uns das beste Zeugnis eines braven Menschen und Kameraden aus.

Dies zeigen tiefbetruht an

Schmiedewalde, am 8. Oktober 1918

Marie Wäzig verw. und Kinder,
zugleich im Namen der übrigen Hinterbliebenen.

O schwere Stunden, banges Hoffen,
Was bringt ihr all für herbes Weh,
Das Schmerzlichste das uns betroffen,
Von Dir zu scheiden, tut so weh.

Berouft und einsam, ganz verlassen,
Steh ich nun ganz alleine hier,
Es ist zu viel, all das zu fassen,
Der Schmerz bricht noch das Herz mir.

Das kurze Glück, das uns beschieden,
Das Du mit Liebe stets umgabst,
Es mußte schnell für uns verfliegen,
Du, unsere Hoffnung, unser Sonnenstrahl.

Und können wir Dich nicht besuchen,
Und Dir auch keine Blume weihn,
Wir werden Dir das Gute lohnen
Und Dir auf ewig dankbar sein.

Ruhe sanft im Heldengrabe!

Suche zu sofortigem oder späterem Antritt für mein Kolonialwaren-, Oel- und Delikatessengeschäft ein tüchtiges, fließiges und eheliches

Hausmädchen

mit guten Zeugnissen, welches sich keiner Arbeit scheut, bei 30 Mark Anfangslohn pro Monat und freier Station in hiesiger, guter Stellung. Landwirtschaftlicher bevorzugt.

Frau Elsa Schürger,
Polischappel,
Charandter Straße Nr. 8.

Kauf
Schlachtpferde

zu geleglichen Verkau.
Kugak Hohlfeib,
Wilsdruff, Feinstr. 644.
Im Hofe (soweit zur
Str.)

Entlaufen

junger, gelber Hund mit weißen Pfoten und weißer Schwanzspitze. Gegen Belohnung abzugeben

Klipphausen 48.

Sauberer Druck

macht, dass auch eine einfache Drucksaache schön aussieht. Die Buchdruckerei von Arthur Zschanke in Wilsdruff liefert stets

sauberen Druck

Dünge-Kalk

gewahlen, in bekannter vorzüglicher Qualität.

Vereinigte Braunsdorfer Dolomit-Werke
Braunsdorf.

Kräftige

Männer, Burschen,
Frauen und Mädchen

können ein.

Vereinigte Strohhof-Fabriken
Coswig-Sa.

Reffelsdorf. Lebensmittelverteilung
in der 41. Woche.

Freitag den 11. Oktober:

Suppen, 100, 150 und 250 Gramm, des
Pfund für 1 Mk.

Nährmittellarten Abschnitt 1a und 1b.

Kindergerstenmehl, bei Herrn Schmiedke,
auf gelbe und blaue Nährmittellarten je 160 g
für 25 Pfge.

Reffelsdorf, am 8. Oktober 1918.

Der Gemeindevorstand.

Karbid- Tischlampen

sind neu eingetroffen.

Otto Rost,

Büchsenmacheri,

Wilsdruff, Dresdner Str.

Der Verein Heimatdank

will aus allen Kreisen das Volk's diejenigen, die für unsere Kriegsgeschädigten mit arbeiten und mit opfern wollen, zusammenfassen, damit sie sich verdient dieser Pflichterfüllung und deren Kosten nach Kräften lohnen.



Lest und befolgt die
Kundgebungen
der deutschen Presse
zur
9. Kriegs-Anleihe.